

Land-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Land-Zeitung“ erscheint an jedem Freitag nachmittags. Der monatliche Subskriptionspreis beträgt 2.00 Reichsmark. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben. Der Post- und Fernschreibpreis beträgt 2.20 Reichsmark. Die Post- und Fernschreibpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Post- und Fernschreibpreise sind in der Preisliste angegeben. Die Post- und Fernschreibpreise sind in der Preisliste angegeben.

Neues in Kürze.

Kahmelungen und Radiotelegramme.

Gestern abend kam es in Berlin zu einem Zusammenstoß zwischen kommunistischen Demonstranten und der Schutzpolizei, die beim Festhalten der Demonstranten von dem Gummirollen Gebrauch machen mußte. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der holländische Count metzet aus Moskau: Die Verhandlung gegen die seit Jahresfrist verhafteten zwei deutschen Konsulen beginnt am 9. Oktober. Die Sowjetregierung hat die Anklage wegen verächtlicher Spionage zugunsten Deutschlands erhoben.

Im Verlaufe gegen Barman und Genossen ist den Beschuldigten die Anklageschrift zugegangen. Nach den Dispositionen in Moskau ist für die Barmanverhandlungen der Monat Dezember festgesetzt.

Die Reichsbahn hat im Juli bessere Ertragsnisse als in den vorausgehenden Monaten aufzuweisen, doch bleiben sie hinter den Erwartungen des Juli im Vorjahre zurück.

Die Reichsregierung hat sich durch Vermittlung des Reichsbauministers an die Unterzeichner des Londoner Dameschloßkommis für die Reichsbahn gemeldet, um die Änderung des Statuts derart herbeizuführen, daß von dem Reichsgeordnete Teilnahme des Reichsverkehrsministeriums an den Sitzungen des Verwaltungsrates der Reichsbahn ausgeschlossen wird.

Das Ständige Schiedsgericht in Paris tritt nach einer Ratifizierung, am 20. September zu den Verhandlungen über die deutschen Forderungen an Polen zusammen. Die deutschen Forderungen an Polen, soweit sie der Entscheidung des Ständigen Schiedsgerichts unterliegen, betragen bis auf 500 Millionen Reichsmark, einschließlich der Entschädigung an die widerrechtlich vertriebenen Deutschen.

Das Militärgericht Koblenz verurteilte den Rektor Vertz aus Rüdelsheim zu 500 M Geldstrafe oder 2 Monaten Gefängnis, weil er seine Schüler auf einem Fest in „Deutschen Gruß“ das Deutschlandlied singen ließ.

Der „Secord“ erzählt, daß das Wilhelm II. weggenommene Schloss Wilhelm auf der Insel Korfu, trotz dem Verbot mit internationaler Spielbank von der griechischen Regierung umgewandelt wird.

Im Windhof wurde das Offizierkorps und die Infanterie der deutschen Vormalsschiffes „Meteor“ von der Bevölkerung unserer einseitigen Kolonie Deutschland mit jubelnder Begeisterung aufgenommen. Nach der Empfang im einseitigen Bureaun war außerordentlich herzlich gemeint.

Die „Londoner Times“ melden aus Genf: Die südamerikanischen Völkerbundesstaaten haben die Ernennung von Delegierten für die juristische Konferenz des Völkerbundes abgelehnt. Sie verzweigen damit, in Rücksicht auf die amerikanische Monroe Doktrin, die Teilnahme an der juristischen Konferenz des Völkerbundes. In Genf sieht man hierin eine wachsende Gleichgültigkeit der südamerikanischen Staaten, die nach dem Umschwung in der Haltung Argentiniens doppelt befremdet.

Die internationalistische Organisation ist an den Verband luxemburgischer Metallarbeiter herangetreten, um eine größere Anzahl luxemburgischer Arbeiter aus verschiedenen osteuropäischen Ländern im Großberufsbereich zu beschäftigen, die in landwirtschaftlich hochentwickelten Gegenden ausgebildet werden sollen, um sie in die Industrie zu überführen. Der luxemburgische Verband hat das Ersuchen günstig aufgenommen und wird angeht die sehr schwieriger werdenden Beschaffung von landwirtschaftlichen Kräften für die Landarbeiter im Großberufsbereich annehmen.

Aus Rom verläutet: Die wichtigsten Sachverhandlungen haben ein Gutachten abgegeben, wonach Violet Gibson, die den Anschlag auf Mussolini ausgeführt hat, an „Fronzlicher Baranola“ an der Halluzinationen leidet. Die psychiatrischen Sachverständigen empfehlen, die Gefangene an Großbritannien zur Überbringung in eine Irrenanstalt auszuliefern.

Der „Mailänder Corriere della Sera“ meldet aus Angola: Die Regierung hat der Nationalversammlung den Gesetzentwurf zugehen lassen, der Emgrna und Konstantinopel als türkische Kriegskolonien erklärt.

Chamberlain hält zu Amerika.

Einleiten in der Schuldfrage.

In seiner gestrigen Unterredung über die amerikanische Schuldregelung erklärte Chamberlain an d., daß die Regierung gern bereit gewesen wäre, alle Verpflichtungen unter den affizierten und affizierten Mächten zu freieren. Keine britische Regierung würde es als mit der Ehre und Würde Großbritanniens zu vereinbaren ansehen, wimmernd und mit sorgelostem Hut, bei denen, denen gegenüber man Verpflichtungen übernommen habe, um Entschuldigung von diesen Verpflichtungen zu bitten. England wolle sich nicht, es werde seine Verpflichtungen erfüllen, verlange jedoch mindestens, daß man genau wisse, in welcher Weise dieses Geld gebort und zu welchem Zweck es verwendet wird.

Es sei eine Tradition Englands, daß es die freundschaftlichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wahren.

Im freundschaftlichen Verein und Zusammenwirken könnten beide Länder viel erreichen, nicht nur für sich selbst, sondern für den Frieden und Vorteil der Welt. Macdonald gab der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn die Regierung beginnen würde, mit Rußland über die Frage seiner Schulden zu verhandeln, und wenn sie dabei einen großen Zugewinn mache, sie beispielsweise bei den Verhandlungen mit Italien, die in der Lage sein würde, den Korrekturen der englischen Beschlüssen unter den russischen Staatsmännern zu begegnen.

Das Interlante an der Erklärung ist, daß nicht der Schatzkanzler Churchill, der der Wortführer des Schuldentritts mit Amerika war, sondern der Außenminister Chamberlain ist abgibt. Demnach hat noch einmal Chamberlain über seinen Gegner Churchill gesagt. Das ist auch für das englische Verhalten gegenüber der Sammelregierung von großer Bedeutung, denn bekanntlich ist Churchill als Anhänger eines scharfen Vorgehens gegen Rußland. Wie lange die Richtung...

Englische Heze.

Die Londoner „Daily News“ läßt sich aus Genf von einem jütischen Reisebericht berichten, das die deutsche Regierung in aller Heimlichkeit aufgestellt hat. Damit die harmlosen deutschen Abgeordneten von der Sache nichts merken sollen, sind die gewaltigen Kosten dieses Heeres unter falschen Umständen verbucht. An der Meldung ist zutreffend, daß die Abgeordneten der heimlichen Armee nichts wissen. Es darf aber weiter festgestellt werden, daß auch die deutsche Regierung und alle übrigen Instanzen nichts davon wissen. Der einzige Willende ist in diesem Falle der Gener. Berichterstatter der „Daily News“.

Der europäische Stahlruß kommt.

Aus Prag wird gemeldet: Zu der Kartellbildung in der französischen, belgischen, luxemburgischen, niederländischen und deutschen Eisenindustrie, die durch die am 12. August in Aussicht genommene Unterzeichnung der Vereinbarungen perfekt wird, schreibt eine Kolonialzeitung, daß die wirtschaftliche und die politische Eisenindustrie an dieser Vereinbarung nicht beteiligt sein werden. Doch werde dieser Umstand noch Gegenstand einer Aussprache im neuen Kartell sein. Es scheint, daß die Eisenindustrie dieser beiden Länder Einladungen zu Verhandlungen erhalten werde, um die Frage zu erörtern, unter welchen Bedingungen sie dem Kartell beitreten möchte.

Auch der Pariser „Matin“ meldet das unmittelbare Besprechen des Kartellabschlusses. Besonders wichtig ist, daß England offenbar nicht daran beteiligt ist.

Die elsaß-lothringische Autonomiebewegung.

Professor Rolfe seines Amtes entbunden. Die Disziplinarkammer in Colmar verurteilte gestern den wegen Unterzeichnung der bekannten Protestfugung des elsäß-lothringischen Völkerbundes angeklagten Professor Rolfe zur Enthebung von seinem Amte und zur Tragung der Kosten des Verfahrens. Professor Rolfe wurde für die Dauer von fünf Jahren der Bezug einer Rente in Höhe von neun Zehntel seiner gesetzlichen Pension bemißt.

Amerika intervoert in Mexiko.

Der Pariser „Herath“ meldet aus Mexiko: Der Präsident Coolidge lehrt überaus an auf einige Tage nach Washington zurück, wo auch außer dem auf einer Europareise befindlichen Mellon sämtliche Staatsvertreter anwesend sind. Die Lage in Mexiko wird als beunruhigend angesehen, man spricht von einer bevorstehenden amerikanischen Rolle und Intervention.

Nach mexikanischen Meldungen ist der kürzlich verhaftete Bischof von Puebla im Gefängnis von Veracruz auf aufgefunden worden. Näheres über die Verhaftungspolitik erklärte Coolidge, daß er als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht kommt, hat sich zugunsten der früheren Präsidenten Calles erklärt, ebenso der früheren Präsidenten Obregon. — Der von der Regierungspolitik erklärte Coolidge, daß er als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht kommt, hat sich zugunsten der früheren Präsidenten Calles erklärt, ebenso der früheren Präsidenten Obregon. — Der von der Regierungspolitik erklärte Coolidge, daß er als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht kommt, hat sich zugunsten der früheren Präsidenten Calles erklärt, ebenso der früheren Präsidenten Obregon.

Der Pariser „Herath“ meldet aus Mexiko: Die amerikanische Note, die erste auswärtige Vermittlung bringen kann, ist bis zur Stunde noch nicht eingegangen. Infolge der Unversöhnlichkeit der Milizen wurden fünf Justizstellen mobilisiert.

Getreidezwangswirtschaft in Frankreich.

Die Pariser Kammer hat die Beratung des Gesetzes über die Sicherstellung der Versorgung mit Getreide, Mehl und Brot begonnen. Der Berichterstatter erörtert die verschiedenen Artikel des Gesetzes, der vorsieht, daß die Landwirte eine Erklärung abgeben, wieviel Getreide sie gesät haben, ferner die Schaffung einer Getreidekontrolle, die die Kontrolle durchführt, Festsetzung der Ausmahlung, Kontingentierung der Einfuhr ausländischen Getreides und anderes mehr. Der Berichterstatter erörtert die verschiedenen Artikel des Gesetzes, der vorsieht, daß die Landwirte eine Erklärung abgeben, wieviel Getreide sie gesät haben, ferner die Schaffung einer Getreidekontrolle, die die Kontrolle durchführt, Festsetzung der Ausmahlung, Kontingentierung der Einfuhr ausländischen Getreides und anderes mehr.

Amerika intervoert in Mexiko.

Der Pariser „Herath“ meldet aus Mexiko: Der Präsident Coolidge lehrt überaus an auf einige Tage nach Washington zurück, wo auch außer dem auf einer Europareise befindlichen Mellon sämtliche Staatsvertreter anwesend sind. Die Lage in Mexiko wird als beunruhigend angesehen, man spricht von einer bevorstehenden amerikanischen Rolle und Intervention.

Amerika intervoert in Mexiko.

Nach mexikanischen Meldungen ist der kürzlich verhaftete Bischof von Puebla im Gefängnis von Veracruz auf aufgefunden worden. Näheres über die Verhaftungspolitik erklärte Coolidge, daß er als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht kommt, hat sich zugunsten der früheren Präsidenten Calles erklärt, ebenso der früheren Präsidenten Obregon. — Der von der Regierungspolitik erklärte Coolidge, daß er als Kandidat für die nächsten Präsidentschaftswahlen in Betracht kommt, hat sich zugunsten der früheren Präsidenten Calles erklärt, ebenso der früheren Präsidenten Obregon.

Amerika intervoert in Mexiko.

Der Pariser „Herath“ meldet aus Mexiko: Die amerikanische Note, die erste auswärtige Vermittlung bringen kann, ist bis zur Stunde noch nicht eingegangen. Infolge der Unversöhnlichkeit der Milizen wurden fünf Justizstellen mobilisiert.

Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Von Reichsminister a. D. Martin Sähle, Schölene.

Die Zeit ist überreift für die Erkenntnis, daß es jetzt gilt, nicht bloß Erwerbslose zu beschäftigen und nicht bloß aus Erwerbslosen arbeitendehaftend Arbeitslose zu machen, sondern daß es gilt, die Erwerbslosen wieder zu Arbeitern, zu selbständigen Arbeitern mit dauernder, tiefgründiger Arbeitsgelegenheit zu machen. Dieses Ziel ist nicht mit irgendeinem Arbeitsprogramm für Arbeitslosen zu erreichen, sondern nur durch eine organisierte Umgestaltung unserer Wirtschaftsstruktur.

Zwei Grundbedingen sind es, die unser innerpolitisches Leben jetzt entscheidend bestimmen und von deren Beherrschung das Schicksal unseres Staates und unserer Wirtschaft abhängt: 1. die Zahlungsmittelknappheit, die uns im letzten Jahresdurchschnitt mit monatlich fast 300 Millionen Mark an das Ausland belastet; 2. die Erwerbslosigkeit von nach Millionen zählenden Arbeitskräften, die zusammen mit ebenfalls hunderttausenden Arbeitslosen und einhunderttausend Arbeitslosen die Wirtschaft und Staat monatlich etwa 150 Millionen kosten.

Mit aller Härteheit ist festzustellen: es ist unmöglich, daß wir heute irgend noch lange durchhalten. Wir haben vor letzten wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Entscheidungen. Es ist das Gebot der gefährdeten Währung der nächsten Not um das läßtliche Brot, das hinter diesen Feststellungen lauzet — alle anderen Fragen der innen und äußeren Politik sind zweitrangig gegenüber dieser elementaren Bedrohung unseres Lebens als Volk und Staat.

Die Möglichkeiten, die die deutsche Landwirtschaft und das mit ihr verbundene und durch sie bedingte industrielle und gewerbliche Wirtschaftswesen für die Anhebung neuer Arbeitskräfte bieten, sind sehr groß. Zum Ueberdiele ist es daneben schon darauf hingewiesen, daß allein 130 000 Arbeitsplätze von ausländischen Saisonarbeitern befüllt sind, deren Freimachung für deutsche Kräfte fast ausschließlich eine Frage des Wohnungsweins auf dem Lande ist. Aber das ist nur ein kleiner Teil der wirtlichen Möglichkeiten. Um diese auszunutzen, müssen vor allen Dingen drei Gruppen von Maßnahmen ergriffen werden, die in planmäßiger Verbindung ein organisiertes Programm zur Schaffung zahlreicher neuer Arbeitsplätze, neuer „Machtungen“ bedeuten.

Diese drei Maßnahmen sind: 1. die äußerste Bekämpfung des Hausdrückens; 2. der Bau an Landarbeiterwohnungen; 3. der Straßen- und Wegebau auf dem Lande.

Die äußerste Bekämpfung des Hausdrückens bietet den einzigen Weg, um die auf die Dauer räumliche Einfuhr von Nahrungsmitteln (1925 für 4000 Millionen Mark) durch Befreiung der leicht brach liegenden Arbeitskräfte von Millionen auf einen Mindestmaß herabzudrücken und damit die beiden beschriebenen Vorkosten unserer wirtlichen Wirtschaft möglichst auszusparen. Die Nahrungsmittelfreie bedeutet praktisch eine siebenfache Ausbeutung deutscher Arbeitskraft.

Wie groß ist nun die Menge an Arbeitskräften, welche auf deutschen Boden beschäftigt werden könnte, wenn man die Einfuhr von Fleisch, Schmalz, Butter, Käse, Eier, Getreide und Kartoffeln durch Wehrproduktion von 44 Millionen Tonnen haushälterischen Erzeugen und durch Befreiung derelben von der Wehrproduktion selbst erzeugten, sowie durch den größeren Hausdrück, geramant auf unsere Getreideernten freizugehen? Bei einem Freie der Kartoffeln oder Rüben von durchschnittlich 1,65 Mark je Zentner oder 33 Mark je Tonne würden diese Produkte einen Wert von 1452 Millionen Mark haben. Die Befreiung lehrt, daß man den unmittelbaren landwirtschaftlichen Rohmaterial bei diesen Produkten um 40 Proz. ansetzen kann, so daß wir auf eine Rohsumme von 860 Millionen Mark kommen.

Dem entspricht in landwirtschaftlichen Verhältnissen die Zahl von mindestens 500 000 Arbeitern, die (auch in der Landwirtschaft) Nahrung und Lohn finden würden. Damit wäre aber die Wirkung für den deutschen Arbeitsmarkt noch keineswegs erschöpft. Man muß vielmehr noch in Rechnung legen, daß eine Arbeitskraft, die in der Landwirtschaft produktiv angelegt wird, zugleich etwa 1,5 Arbeitskräfte in der Industrie bzw. im Gewerbe in Arbeit setzt, wie sich aus der Gewerbe- und Handelsstatistik ergibt. Man ist hiernach zu dem Schluß berechtigt, daß die Befreiung der obigen Nahrungsmittelfreie etwa 1 250 000 Arbeitskräfte in Nahrung setzen würde.

